

Besetzung der Amtsgebäude in Lemberg durch die Ukrainer.

Die unterbrochene Reise der rumänischen Nationalräte Dr. Ritter v. Jopescu-Greul und Simionovici nach Czernowitz.

Wien, 2. November.

Einer unserer Mitarbeiter hatte Gelegenheit, den rumänischen Nationalrat Dr. Ritter v. Jopescu-Greul zu sprechen, der ihm über die Zustände in Galizien und seine unterbrochene Reise nach Czernowitz folgendes mitteilte: Wir sind in fahrplanmäßiger Weise etwa bis Rzeszow gefahren. Nach Rzeszow sind einige Mitreisende zu uns ins Coupé gekommen und fragten, ob es richtig sei, daß man von Rzeszow nicht weiterfahren könne. Unsere Anfragen beim Kondukteur und im Speisewagen ergaben regelmäßig die Auskunft, daß es sich um eine Tatarennachricht handle, da dieselben Gerüchte schon seit drei Tagen immer wieder vom reisenden Publikum verbreitet worden waren und sich nachträglich nie als wahr erwiesen haben. Erst in Przemyśl, als der Zug stehen geblieben war, kamen Bahnbedienstete in die Waggons, die das Publikum zum sofortigen Aussteigen aufforderten, weil der Zug nicht weiterfahre. Das Bahnbetriebsamt erklärte auf unsere Erkundigungen, daß seit dem heutigen Tagezüge von Lemberg nicht mehr abgelassen werden und daß von Przemyśl aus die Züge nach Lemberg nicht weitergehen. Als Ursache dieser Maßnahmen wurden einerseits Straßenkämpfe in Lemberg zwischen Polen und Ukrainern angegeben, andererseits Beschädigungen des Bahnkörpers hinter Grodel, die auch von ukrainischer Seite erfolgt sein sollen.

Man spricht auch davon, daß eine Brücke hinter Grodel in die Luft gesprengt worden sei. Wie weit diese Auskünfte auf Wahrheit beruhen, war momentan nicht festzustellen, doch ist es Tatsache, daß sofort nach Einlangen des Wiener Schnellzuges dennoch ein Personenzug von Przemyśl nach Grodel abgelassen wurde. Dieser war von Soldaten derart überfüllt, daß sogar auf den Dächern einzelner Waggons dreißig bis vierzig Soldaten saßen. Was für einen Zweck die Soldaten mit ihrer Weiterfahrt nach Grodel hatten, konnten wir gleichfalls nicht erheben.

Vizepräsident Simionovici und ich befanden uns auf der Reise nach Czernowitz zu einer Sitzung des Nationalrates. Da wir unbedingt die Reise fortsetzen wollten, zogen wir in Betracht, ob wir nicht auf der Strecke Sambor-Stry-Stanislaw Czernowitz erreichen könnten. Es wurde uns aber vom Bahnbetriebsamt ausdrücklich mitgeteilt, daß auch von Sambor aus die Züge nicht weitergeführt werden. Schließlich machten wir den Versuch, vom Militärkommando ein Kraftfahrzeug zu entlehnen und die Reise fortzusetzen. Auch dieser Versuch scheiterte, weil sich das Kommando nicht mehr im Besitze eines solchen Fahrzeuges befand, und so mußten wir uns entschließen, nach Wien zurückzukehren.

Auf der Rückfahrt erfuhren wir die weiteren Gerüchte, daß das Mitglied des ukrainischen Nationalrates Konstantin Lewicki in Lemberg das Opfer eines Attentats geworden sei. Die uns darüber gemachten Meldungen waren derart unbestimmt, daß wir keinen

Grund haben, sie für wahr zu halten. Die Rückreise gestaltete sich zu einer wahren Pein. Tausende von Soldaten, die mit oder ohne Erlaubnis ihre Verbände verlassen hatten, stürmten den Zug, um einsteigen zu können. Viele saßen auf den Buffern des dahinsrasenden Schnellzuges und ließen sich nicht überreden, ihre unsicheren Plätze zu verlassen. Darunter befanden sich auch Verwundete, die ungeheilt aus den Spitalern entlassen worden waren. Die meisten waren Deutsche, doch hörte man auch Czechisch, Kroatisch und Rumänisch sprechen. Die Gänge waren derart von Soldaten überfüllt, daß wir beide uns entschlossen, zwei schwerverwundete Wiener Infanteristen in unser Abteil aufzunehmen, da sie sonst kaum mehr lebend hier erreicht hätten. Bis auf diese durch die unangenehmen Zustände erklärlichen Anordnung machte die Reise durch das bis Przemyśl durchfahrene Gebiet keinen ungewöhnlichen Eindruck. Besondere Erregung war nur bei der Bevölkerung von Przemyśl zu bemerken. Man sah junge Zivilisten mit Gewehren auf dem Rücken und hörte hin und wieder schießen. Ob es sich da nur um Alarmschüsse handelte, konnte man selbstverständlich nicht feststellen.

Statthalter Graf Puyu interniert. — Uebernahme der Verwaltung Ostgaliziens durch den ukrainischen Nationalrat. — Zusammenstoße zwischen ukrainischen und polnischen Truppen. — Belagerungszustand über Lemberg.

Lemberg, 2. November.

Gestern um 4 Uhr morgens besetzte hier eine bewaffnete Mannschaft ukrainischer Nationalität alle Amts- und öffentlichen Gebäude, darunter die Statthalterei, das Post- und Telegraphenamt, den Staatsbahnhof, das Rathaus, die Polizeidirektion, die Oesterreichisch-ungarische Bank usw. Diese Gebäude wurden geschlossen und Maßnahmen zur zeitweiligen Einstellung der Amtsgeschäfte getroffen.

In den Straßen der inneren Stadt waren ukrainische Militärwachen aufgestellt, welche den vorübergehenden Armeeangehörigen nichtukrainischer Nationalität die Waffen abnahmen.

Der Eisenbahn-, der telegraphische und telephonische Verkehr sowie der elektrische Straßenbahnbetrieb sind eingestellt, die meisten Kaufläden geschlossen.

Statthalter Graf Puyu ist interniert worden. Mittels Maueranschläges teilte der ukrainische Nationalrat mit, daß er die Verwaltung in Ostgalizien übernommen habe.

Zwischen ukrainischen Truppen und polnischen Legionären kam es zu Zusammenstößen.

Der ukrainische Stadtkommandant hat über Lemberg den Belagerungszustand erklärt.

Einzelheiten über die ukrainische Besitzergreifung Lembergs.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Lemberg, 2. November.

Unter dem Eindruck der Ereignisse, die sich jetzt anderwärts überstürzen, haben sich die Ukrainer beeilt, vom östlichen Gebiet Galiziens Besitz zu ergreifen. Noch vorgestern nacht traf hier die Nachricht ein, daß der ukrainische Nationalrat in Sambor und Larnopol die Verwaltung dieser Bezirke sowie die Leitung der Approvisionierungsangelegenheiten übernommen habe.

Gestern um 4 Uhr morgens besetzte die Mannschaft ukrainischer Nationalität in Lemberg sämtliche Amts- und öffentlichen Gebäude, zunächst die Kaserne der Staatspolizeiwache, die entwaffnet wurde, dann die Statthalterei, die Post und das Telegraphengebäude, die Polizeidirektion, den Staatsbahnhof und das städtische Rathaus, auf dessen Turm